



<https://biasyl-regensburg.de/>

Email: [bi.asyl@yahoo.com](mailto:bi.asyl@yahoo.com)

September 2023

## **Keine Zustimmung zur Zerstörung von Asyl und Flüchtlingsschutz in der EU durch GEAS**

### **Neue europäische Asylregelung, die humane Flüchtlingspolitik, sichere Fluchtwege und faire Asylverfahren garantiert**

Gegen die Kritik vieler hat IMin Faeser am 08. 06.23 der sogenannten „GEAS-Reform“ des europäischen Asylsystems zugestimmt. Damit sind an den EU Außengrenzen Haftzentren, Asylprüfungen und Abschiebungen vorgesehen. Das wäre ein Horror, ein menschenrechtlicher Dammbbruch, Grundpfeiler des Rechtsstaates würden über Bord geworfen werden, der Koalitionsvertrag der Ampelregierung konterkariert und Forderungen von AFD, CDU und CSU Realität.

Über 50 Organisationen wie z.B. Wohlfahrtsverbände, Kirchen haben davor gewarnt; über 800 Anwält\*innen fordern, sich auf „Verfassung und Grundrechte zu besinnen anstatt „Grundpfeiler des Rechtsstaates über Bord zu werfen“; Pro Asyl spricht vom „Ausverkauf der Menschenrechte und Aushebelung des Flüchtlingsschutzes“. Es gibt viele ähnliche Kritik weiterer Verbände /Organisationen

Darauf Bezug nehmend, fordern wir von Abgeordneten des EU-Parlaments im Verlauf der anstehenden Beratungen in den EU-Gremien und der im Frühjahr 24 geplanten Abstimmung im EU-Parlament, **GEAS als solches** aus humanitären, menschenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gründen **abzulehnen** und sich nicht nur für Änderungen einzelner GEAS - Punkte einzusetzen.

**Statt GEAS braucht es eine völlig neue europäische Regelung**, die humane Flüchtlingspolitik, sichere Fluchtwege und faire Asylverfahren garantiert. Dafür sollte die BRD vorangehen.

Die bisherige Haltung von Bundesregierung und IMin Faeser missachtet auch die Ampel - Koalitionsvereinbarung und stößt auch aus Reihen von SPD und Bü90/Grüne auf Empörung und

Widerstand. Wir verweisen u.a. auf entsprechende Beschlüsse der bayer. Landesparteitage von Bü90/Grüne und SPD, den Offenen Brief von über 700 Mitgliedern von Bü90/Grüne, die Erklärung der SPD Bundes - AG Migration und Vielfalt und auch den Austritt aus der SPD von Frau Andrea Ypsilanti.

In Regensburg wenden sich neben verschiedenen Organisationen auch der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg gegen GEAS. Der Integrationsbeirat schließt sich der AGABY - Stellungnahme an (Dachverband der bayerischem Integrationsbeiräte), verweist auf die Stellungnahmen der 50 Organisationen und über 800 Anwalt\*innen und unterstützt die Kampagne „Offen bleiben“ . Dieser aus München initiierten Kampagne haben sich über 160 Gruppen und mehr als 200 Einzelpersonen angeschlossen ( <https://offen-bleiben-muenchen.de/> ). Am 16.07.2023 haben mehrere tausende Menschen in München für die Ziele dieser Kampagne demonstriert. Wir begrüßen auch den Offenen Brief von AGABY vom 09.08.23 an die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die Mitglieder der Bundesregierung des Bundestages und die Ministerpräsidenten/innen und schließen uns den darin genannten Inhalten an.

Die gescheiterte Dublinverordnung sollte durch eine „free-choice-Regelung“ ersetzt werden, wie es Pro Asyl und andere seit langem propagieren.

Angesichts von Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Geflüchteten sollten die Aufnahme-/ Unterbringungsgesetze auf Bundes- u. Landesebene so geändert werden, dass Geflüchteten - nach der Erstregistrierung (maximal 6 Wochen, bzw. 3 Monate) - eine freie Wohnsitznahme erlaubt wird, so wie Geflüchteten aus der Ukraine. Und wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau und kein gegeneinander Ausspielen von Gruppen von Benachteiligten.

**Zusammenfassung:** GEAS wäre ein menschenrechtlicher Dammbbruch, Ausverkauf der Menschenrechte, weitgehende Abschaffung des Flüchtlingsschutzes, Grundpfeiler des Rechtsstaates würden über Bord geworfen! Faire Asylverfahren sind schon hierzulande häufig nicht gewährleistet. Aus Haftanstalten an den EU Außengrenzen wären sie völlig ausgeschlossen.

**Das darf die Bundesregierung nicht weiter unterstützen! Das EU Parlament muss das ablehnen!** Dies fordern wir von allen politisch Verantwortlichen, aktuell insbesondere von den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes. Stattdessen brauchen wir eine völlig **neue europäische Regelung**, die humane Flüchtlingspolitik, sichere Fluchtwege und faire Asylverfahren garantiert. Dafür sollte die BRD vorangehen.

Der verstärkte Flüchtlingszustrom im Jahr 2015 könnte ein positives Beispiel sein. Die vielerorts gezeigte Willkommenskultur brachte Deutschland nach innen und nach außen hohe Sympathiewerte. 54 % der damals Eingereisten sind trotz aller Restriktionen in Arbeit und tragen damit mehr zum Wohlstand bei, als sie Kosten verursachen. Kosten und Nutzen dürfen beim Thema Humanität keine Rolle spielen. 2015 zeigt jetzt, dass selbst dieses Kostenargument am Ende haltlos ist.